

Uta Zapf

**Initiativantrag zur Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen Hessen-Süd am 26.10.2019**

Völkerrechtswidrige Invasion der Türkei in Nordsyrien stoppen!

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Hessen Süd verurteilt die völkerrechtswidrige Invasion der Türkei in Nordsyrien, die zur Vertreibung von 190.000 Zivilisten, zumeist Kurden, geführt hat, die den Tod von zahlreichen Zivilisten verschuldet und ethnische Vertreibung unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung betreibt. Die AsF beklagt und kritisiert, dass die Völkergemeinschaft passiv zuschaut, wie die kurdischen YPG Milizen, die zusammen mit US-Soldaten zur Vertreibung der IS - Herrschaft geführt haben, von den ehemaligen Verbündeten und von den Ländern, die von dem Sieg über den IS profitieren, im Stich gelassen und dem Elend ausgeliefert werden.

Im Jahr 2018 hat die Türkei schon einmal kurdische Gebiete in Nordsyrien völkerrechtswidrig annektiert und unter ihre Verwaltung gestellt, ohne dass es wirksame Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft gegeben hätte. Damit tritt die Staatengemeinschaft, die sich auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit beruft, ihre eigenen Werte mit Füßen. Damals wurden aus Afrin 250 000 Kurden und andere Flüchtlinge vertrieben.

Die AsF fordert:

- Eine Initiative in der UNO zur Verurteilung der Türkei
- Die Verurteilung des Vorgehens der Türkei durch die NATO
- Die Überprüfung aller Vorwürfe von Kriegsverbrechen (Bombardierung von Zivilisten, Krankenhäusern und Schulen, Vertreibung der Bevölkerung, Folter, Morde, Vergewaltigungen und Entführungen) gegen die türkischen Streitkräfte und mit ihnen verbündete Milizen durch die UNO und das Internationale Rote Kreuz und die Anklage gegen die Täter vor den Internationalen Strafgerichtshof
- Einsetzen internationaler Kontrollgremien in nordsyrischen Grenzgebiet durch die UNO
- Humanitäre Hilfe und Gesundheitsvorsorge durch internationale Organisationen für alle Vertriebenen und Geflüchteten
- Internationale Anstrengungen zur Unterstützung der Kurden bei der Bewachung der gefangenen IS-Kämpfer und eine langfristig wirksame Lösung dieses Problems durch Verurteilung der Täter durch den Internationalen Strafgerichtshof oder durch ein Sondertribunal
- Sofortiger Stopp ausnahmslos aller Waffenlieferungen durch Deutschland und die EU-Staaten an die Türkei
- Keine Hermesbürgschaften für Geschäfte mit der Türkei

- Die Verhängung adäquater Sanktionen gegen die Türkei